

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3289

des Abgeordneten Axel Vogel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/8293

Positionen der Landesregierung Brandenburg in der 917. Sitzung des Bundesrates am 29. November 2013

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3289 vom 09.12.2013:

Das Abstimmungsverhalten in den Sitzungen des Bundesrates wird nicht protokolliert und somit ist es nicht möglich, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Brandenburg mit Hilfe vorliegender Informationen nachzuvollziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 917. Sitzung des Bundesrates am 29. November 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 3a Änderung des Straßenverkehrsgesetzes
- TOP 3b Privilegien für Fahrzeuge mit besonders geringem Kohlendioxid und Schadstoffausstoß
- TOP 7 EU-Forststrategie – inklusive Auflistung des Abstimmungsverhalten bei allen Ziffern der Ausschussempfehlungen

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 917. Sitzung des Bundesrates am 29. November 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 3a Änderung des Straßenverkehrsgesetzes
- TOP 3b Privilegien für Fahrzeuge mit besonders geringem Kohlendioxid und Schadstoffausstoß
- TOP 7 EU-Forststrategie – inklusive Auflistung des Abstimmungsverhalten bei allen Ziffern der Ausschussempfehlungen

zu Frage 1:

Das Land Brandenburg hat bei TOP 3a für die Einbringung des durch Hamburg initiierten Gesetzesantrags in der geänderten Fassung (Ausschussempfehlung in Drucksache 671/1/13) gestimmt. Die Umsetzung des Gesetzesantrags kann nach Auffassung der Landesregierung ein Beitrag zur Förderung der E-Mobilität und zur Verringerung der CO₂-Emissionen sein.

Zugleich wurde bei TOP 3b das Fassen der durch Baden-Württemberg initiierten ergänzenden Entschließung unterstützt. Das enthaltene Anliegen zur Schaffung einer neuen Plakette für spezielle schadstoffarme Fahrzeuge wäre als Voraussetzung für die Umsetzung des o.g. Gesetzesantrags erforderlich.

Bei TOP 7 unterstützte Brandenburg die Ausschussempfehlungen für eine Stellungnahme des Bundesrates zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen (413/1/13). Die Begründung der Ausschussempfehlungen wird geteilt.

Zur EU-Forststrategie (TOP 9) wurden die Ausschussempfehlungen (699/1/13) für eine Stellungnahme des Bundesrates unterstützt. Die Aussagen werden als sinnvoll erachtet.